„Umbenennung der Wilhelm-Grobben-Straße und kritische Aufarbeitung des historischen Kontexts“

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: von Stefan Conrad (Stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses des Stadt Kempen - FDP)

*Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,*

der vorliegende Antrag greift ein Thema auf, das bereits mehrfach in den politischen Gremien der Stadt Kempen behandelt wurde. Dazu nimmt die FDP wie folgt Stellung:

1. Das Thema wurde bereits ausführlich diskutiert und beschlossen

Die Frage der Umbenennung der Wilhelm-Grobben-Straße wurde im Jahr 2019 eingehend behandelt. Der damalige Beschluss, ein Zusatzschild anzubringen, wurde mit knapper Mehrheit als Kompromisslösung gefasst und umgesetzt. Diese Entscheidung spiegelte eine umfassende Abwägung wider, die historische Verantwortung, Erinnerungskultur und pragmatische Erwägungen gleichermaßen berücksichtigte. Eine erneute Diskussion des Themas ist nicht zielführend und könnte die Legitimität bereits getroffener Entscheidungen infrage stellen.

2. Das Zusatzschild erfüllt seinen Zweck

Das Zusatzschild am Straßenschild weist ausdrücklich auf die problematische Rolle Wilhelm Grobbens im Nationalsozialismus hin. Diese Maßnahme trägt zur Aufklärung und zur kritischen Auseinandersetzung bei, ohne eine Umbenennung vorzunehmen, die praktische und gesellschaftliche Belastungen nach sich ziehen würde.

3. Keine klare Grenze für ähnliche Maßnahmen

Die erneute Forderung nach einer Umbenennung wirft die Frage auf, wo derartige Maßnahmen enden sollen. Als Beispiel sei der Hohenzollernplatz genannt: Hier haben Schülerinnen und Schüler des Thomaeums eine historische Auseinandersetzung angestoßen, die zur Anbringung einer Infotafel und

eines QR-Codes führte. Soll auch diese Straße umbenannt werden? Solche Forderungen könnten eine Kette von Umbenennungen nach sich ziehen, die weder pragmatisch noch gesellschaftlich sinnvoll wäre.

4. Zeitgeschichte erfordert differenzierte Betrachtung

Die kritische Aufarbeitung von Geschichte ist wichtig, aber sie darf nicht zu einer pauschalen Auslöschung kultureller oder historischer Bezüge führen. Wilhelm Grobben war unzweifelhaft ein aktiver Funktionär im NS-Regime, aber seine dichterischen Werke sind Teil des kulturellen Erbes. Die bestehenden Maßnahmen ermöglichen eine differenzierte Auseinandersetzung, ohne in einseitige Symbolpolitik zu verfallen.

5. Erheblicher Aufwand für Anwohner

Zusätzlich würde eine Umbenennung der Wilhelm-Grobben-Straße den Anwohnern erheblichen Aufwand und finanzielle Belastungen verursachen. Sie müssten bei Versicherungen, Banken, Ämtern sowie in ihrem privaten Umfeld die Adressänderung mitteilen. Zudem fallen Kosten an. Auch wenn die kommunalen Kosten erlassen werden, so fallen Kosten für einen neuen Grundbuchauszug an. Diese Umstände sollten bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden, da sie eine spürbare Einschränkung für die betroffenen Bürger darstellen.

6. Ablehnung der vorgeschlagenen Arbeitsgruppe

Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Analyse belasteter Straßennamen ist aus mehreren Gründen nicht sinnvoll:

- **Bereits bestehende Maßnahmen:** Es gibt bereits Beschlüsse, wie mit belasteten

Straßennamen umzugehen ist (z. B. Zusatzschilder).

- **Verwaltungsaufwand:** Eine solche Arbeitsgruppe würde erheblichen organisatorischen und finanziellen Aufwand bedeuten, ohne dass klar ist, welche konkreten Ergebnisse erwartet werden können.
- **Gesellschaftliche Akzeptanz:** Wiederholte Diskussionen um Straßennamen könnten auf Ablehnung stoßen und die Akzeptanz der bisherigen Maßnahmen gefährden.

Fazit

Die bereits umgesetzten Maßnahmen – insbesondere das Zusatzschild – erfüllen ihren Zweck, die kritische Auseinandersetzung mit Wilhelm Grobber und seiner NS-Vergangenheit zu fördern. Eine erneute Diskussion über die Umbenennung der Straße oder die Einrichtung einer Arbeitsgruppe wäre nicht zielführend und würde bestehende Beschlüsse untergraben.

Die FDP wird den Antrag daher vollständig ablehnen und für die Punkte 1.b und 3 in der Verwaltungsvorlage stimmen, um an dem bereits beschlossenen Verfahren festzuhalten.

Stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses der Stadt Kempen